

Antragsstellerin: Marie-Dominique Vernhes

Vorschlagstext

Die auf dem Attac-Frühjahrsratschlag 2025 versammelten Attac-Mitglieder

A. bekräftigen den Ratschluss-Beschluss von 2003,

[https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/](https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/2003_Erklaerung_des_Ratschlags_zu_Antisemitismus.pdf)

[2003_Erklaerung_des_Ratschlags_zu_Antisemitismus.pdf](https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/2003_Erklaerung_des_Ratschlags_zu_Antisemitismus.pdf), insbesondere den Punkt 9:

„Unsere Haltung in der Palästina-Frage beruht auf folgenden Grundsätzen:

- Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang von der UNO verabschiedet wurden. Diese fordern den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, das prinzipielle Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, den Abbau der israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten und die Lösung der Jerusalem-Frage.
- Unterstützung des Rechts von Israelis und Palästinenser auf lebensfähige Staaten mit international garantierten Grenzen.
- Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen.“

B. beschließen, sich für folgende Forderungen an die Bundesregierung einzusetzen, die u.a. von mehreren Mitgliedsorganisationen von attac erhoben wurden (IPPNW, Medico International, Pax Christi, Weltfriedensdienst)

1. sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;
2. alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;
3. von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;
4. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;
5. im Sinne des [Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs](#) vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;
6. die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;
7. sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;
8. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

(S. Text der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“, <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>)

C. beschließen, sich alle 2-3 Monate über die Fortschritte und Hindernisse bei der Durchsetzung dieser Forderungen zu verständigen.

Begründung:

„Wir sind jeden Tag entsetzt, wie der Staat Israel die Verfolgung und Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser weiter verschärft und wie die mehrfache Verurteilung seiner Politik durch die UNO folgenlos bleibt.“ (Punkt 7 der Attac-Erklärung von 2003)

„Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmte am 18. September 2024 mit überwältigender Mehrheit für die Verabschiedung einer Resolution, die Israel auffordert, "seine rechtswidrige Präsenz" in den besetzten palästinensischen Gebieten "unverzüglich zu beenden". Mit einer namentlichen Abstimmung von 124 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen fordert die Resolution Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen.

Die Generalversammlung forderte ferner, dass Israel Land und anderes "unbewegliches Eigentum" sowie alle seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 beschlagnahmten Vermögenswerte und alle Kulturgüter und Vermögenswerte, die Palästinensern und palästinensischen Institutionen entwendet wurden, zurückgibt.

Die Resolution fordert Israel auch auf, allen Palästinensern, die während der Besetzung vertrieben wurden, die Rückkehr an ihren Herkunftsort zu ermöglichen und Wiedergutmachung für die durch die Besetzung verursachten Schäden zu leisten. „ (<https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496>, übersetzung Seite 31 hier: <https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/8ae881a4eb-1728038693/sig-sonderheft-3-palastina-okt-2024.pdf>)

Die Erklärung der Haager Gruppe verweist auf Beschlüsse der UNO bzw. des IGH und des IStGH : <https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/8931029bde-1741107183/grundungserklärung-der-haager-gruppe-31-jan-2025.pdf>

Zu den deutschen Waffenlieferungen an Israel: S. den Beitrag von Shir Hever, in der Sondernummer von ‚Sand im Getriebe‘ abgedruckt, S. 35-38 hier <https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/8ae881a4eb-1728038693/sig-sonderheft-3-palastina-okt-2024.pdf>)

Perspektive FLINTA-Personen: Wenn die allgemeinen Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten immer wieder negiert werden, leiden insbesondere die FLINTA-Personen darunter. In seine Klage vom 29.12.2023 hat Südafrika auf die besondersdramatische Lage von Kindern und Frauen hingewiesen, hier nur ein Zitat: '84. Der kritische Mangel an Personal und Material - einschließlich Betäubungsmitteln, Schmerzmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln - hat nicht nur zu unnötigen Amputationen von Gliedmaßen geführt, sondern auch zu Amputationen ohne Betäubung, die oft mit Taschenlampen durchgeführt werden. Auch bei schwangeren Frauen werden Kaiserschnitte ohne Betäubung durchgeführt.' <https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/a3fa54f729-1710102969/klage-von-sudafrika-gegen-israel-vor-dem-igh-29-12-2023.pdf>